

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1996

Ausgegeben am 5. Juli 1996

103. Stück

- 305. Kundmachung:** Geltungsbereich des Übereinkommens betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen
- 306. Kundmachung:** Kündigung des Handelsabkommens zwischen Österreich und Chile
- 307. Kundmachung:** Kündigung des Notenwechsels zwischen der österreichischen Gesandtschaft in Teheran und dem Iranischen Außenministerium über den gegenseitigen Warenverkehr
- 308. Kundmachung:** Kündigung des Warenaustauschabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan
- 309. Kundmachung:** Kündigung des Notenwechsels zwischen der österreichischen Botschaft Rio de Janeiro und dem brasilianischen Außenministerium über den Abschluß eines Zahlungs- und Warenaustauschabkommens
- 310. Kundmachung:** Kündigung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Indischen Republik über den Warenaustausch
- 311. Kundmachung:** Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreiches Thailand
- 312. Abkommen** zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Ungarn über die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit
-

305. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen

Nach Mitteilung der Niederländischen Regierung hat die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien am 20. März 1996 erklärt, sich auch weiterhin an das Übereinkommen betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen (BGBl. Nr. 91/1957, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 10/1994) gebunden zu erachten.

Vranitzky

306. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handelsabkommens zwischen Österreich und Chile

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 24. Februar 1955 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen Österreich und Chile wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 5. Juni 1996 mit Wirkung zum 1. Dezember 1996 gekündigt.

Vranitzky

307. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Notenwechsels zwischen der österreichischen Gesandtschaft in Teheran und dem Iranischen Außenministerium über den gegenseitigen Warenverkehr

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Der am 15. Oktober 1956 durchgeführte Notenwechsel zwischen der österreichischen Gesandtschaft in Teheran und dem Iranischen Außenministerium über den gegenseitigen Warenverkehr wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 5. Juni 1996 mit Wirkung zum 1. August 1996 gekündigt.

Vranitzky

308. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Warenaustauschabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 24. Dezember 1956 unterzeichnete Warenaustauschabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 5. Juni 1996 mit Wirkung zum 24. Dezember 1996 gekündigt.

Vranitzky

309. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Notenwechsels zwischen der österreichischen Botschaft Rio de Janeiro und dem brasilianischen Außenministerium über den Abschluß eines Zahlungs- und Warenaustauschabkommens

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Der Notenwechsel zwischen der österreichischen Botschaft Rio de Janeiro und dem Brasilianischen Außenministerium über den Abschluß eines Zahlungs- und Warenaustauschabkommens (BGBl. Nr. 101/1958) wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 5. Juni 1996 mit Wirkung zum 1. Oktober 1996 gekündigt.

Vranitzky

310. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Indischen Republik über den Warenaustausch

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 21. Juni 1963 unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Indischen Republik über den Warenaustausch wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 5. Juni 1996 mit Wirkung zum 31. Dezember 1996 gekündigt.

Vranitzky

311. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreiches Thailand

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 30. September 1964 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreiches Thailand wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 5. Juni 1996 mit Wirkung zum 30. September 1996 gekündigt.

Vranitzky

312.**ABKOMMEN****zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Ungarn über die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit**

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Ungarn, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind,

- in der Überzeugung, daß ein neues Abkommen über die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit günstige Voraussetzungen und eine geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen – auch über die traditionellen Beziehungen hinaus – schafft,
- im Einklang mit dem am 16. Dezember 1991 unterzeichneten „Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits“,
- unter Bedachtnahme auf den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union mit 1. Jänner 1995 und des Antrags der Republik Ungarn auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, der vom Rat Allgemeine Angelegenheiten am 18./19. April 1994 in Luxemburg und vom Europäischen Rat in Korfu am 24./25. Juni 1994 zur Kenntnis genommen wurde,
- in Übereinstimmung mit dem Rechtsbestand der Europäischen Union, den Verpflichtungen gegenüber dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und der Welthandelsorganisation (WTO) sowie den in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,
- in dem Bemühen, einen künftigen gemeinsamen Weg in der Europäischen Integration zu fördern, wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie unter Berücksichtigung ihrer internationalen Verpflichtungen um die Fortsetzung, harmonische Weiterentwicklung und Ausweitung der bilateralen wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit auch über die traditionellen Beziehungen hinaus bemüht sein.

Artikel 2

Den Zielsetzungen des Artikels 1 entsprechend, werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 3

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß Investitionen von Unternehmen der anderen Vertragspartei die Wirtschaftsbeziehungen vertiefen, und daß österreichische Investitionen im Rahmen des ungarischen Privatisierungsprozesses nicht nur zur Verbesserung der Zusammenarbeit, der Belebung des Außenhandels, sondern auch zum Vorteil beider Volkswirtschaften beitragen können.

Artikel 4

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß in folgenden Bereichen eine besondere Dialogbereitschaft und gute Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Bauwesen
- Energiewirtschaft, einschließlich Energiespartechnik, sowie Errichtung, Revitalisierung von Kraftwerken und Leitungssystemen
- Erdöl- und Raffinerientechnologie
- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredelung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von mineralischen Rohstoffen und Bergbauprodukten
- Umwelttechnik
- Elektrotechnik
- Land- und Forstwirtschaft
- Landtechnik
- Nahrungsmittelindustrie

- Anlagen- und Maschinenbau
- chemische und petrochemische Industrie
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische und pharmazeutische Industrie
- holzbe- und -verarbeitende Industrie und Papierindustrie
- Baustoffindustrie
- Stahlindustrie
- metallverarbeitende Industrie
- Direktinvestitionen
- Erleichterung der unternehmerischen Tätigkeit
- Consulting
- gewerblicher Rechtsschutz
- angewandte Forschung
- Weiterentwicklung der regionalen und grenznahen Zusammenarbeit, auch im Rahmen internationaler Entwicklungsprogramme
- Zusammenarbeit bei Ausstellungen und Messen
- Ausbau der gemeinsamen Zusammenarbeit auf Drittmärkten
- Normenwesen, Akkreditierung und Zertifizierung
- Tourismuskomplexe
- Abfallwirtschaft und Recycling

Artikel 5

Die Vertragsparteien erklären ihre Bereitschaft in folgenden Bereichen der Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Projekten einschließlich der Einbindung in die transeuropäischen Netze sowie der Verwirklichung von Infrastrukturprojekten besonderes Interesse zu widmen:

- Energiewesen
- Wasserwirtschaft
- Telekommunikation
- Eisenbahn
- Luftfahrt
- Schifffahrt
- Straßenbau
- Straßenverkehr
- kombinierter Verkehr

Artikel 6

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß eine reibungslose Grenzabfertigung im Warenverkehr für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen beider Staaten von besonderer Bedeutung ist.

Artikel 7

Bei der Verwirklichung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens werden die Vertragsparteien moderne und umweltfreundliche Technologien sowie die Schonung ökologischer Ressourcen anstreben und unterstützen.

Artikel 8

Falls keine andere Vereinbarung getroffen wird, erfolgt die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens auf kommerzieller Grundlage.

Artikel 9

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 10

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften Beratungsleistungen sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten und Managern vor allem auf dem Gebiet der Außenwirtschaft, der Wirtschaftsverwaltung, des gewerblichen Rechtsschutzes, des Tourismus sowie des Bank-, Finanz- und Versicherungswesens fördern.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen oder die freie Wahl von internationalen Schiedsgerichten.

(2) Die Regelung der Streitfragen zwischen den Unternehmen erfolgt unter Berücksichtigung der internationalen Verpflichtungen beider Vertragsparteien und der zwischen ihnen geltenden Vereinbarungen.

Artikel 12

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine Gemischte Kommission errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder Ungarn einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- a) Prüfung der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Aufzeigen neuer Möglichkeiten zur Förderung und Vertiefung der wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit,
- c) Erstellung von Vorschlägen und Empfehlungen zur Verbesserung der Bedingungen der bilateralen Zusammenarbeit sowie Festlegung der Prioritäten,
- d) Unterbreitung von Empfehlungen zur effizienteren Anwendung dieses Abkommens,
- e) Erörterung anstehender Probleme sowie Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen.

(3) Im Rahmen der Gemischten Kommission können fallweise projektbezogene oder spartenspezifische Ad-hoc-Arbeitsgruppen tätig werden.

Artikel 13

Beide Vertragsparteien halten eine ständige Dialogbereitschaft über aktuelle Themen der wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen, technologischen, regionalen und arbeitsmarktpolitischen Zusammenarbeit für besonders zweckmäßig.

Artikel 14

Die Vertragsparteien erklären ihre Bereitschaft, den bereits bestehenden Informationsaustausch im Hinblick auf einen Beitritt Ungarns zur Europäischen Union fortzusetzen.

Artikel 15

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen der im Artikel 12 genannten Gemischten Kommission beigelegt werden.

Artikel 16

(1) Die Vertragsparteien sind durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand der Europäischen Union (EU) unvereinbar ist.

(2) Im Falle von Unklarheiten hinsichtlich der Auswirkungen des Absatzes 1 werden die Vertragsparteien in einen diesbezüglichen Dialog treten.

Artikel 17

(1) Mit Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens verlieren

- a) das „Langfristiges Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit und über deren Weiterentwicklung *)“ vom 15. September 1979;
- b) das „Langfristiges Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn über den Warenverkehr **)“ vom 11. November 1972;
- c) das „Abkommen über den Zahlungsverkehr zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn ***)“ vom 28. Oktober 1971

ihre Wirksamkeit.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 445/1979

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 478/1972

***) Kundgemacht in BGBl. Nr. 421/1971

Artikel 18

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

Geschehen zu Wien, am 19. September 1995 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Johannes Ditz

Für die Regierung der Republik Ungarn:

Imre Dunai

MEGÁLLAPODÁS

az Osztrák Szövetségi Kormány és a Magyar Köztársaság Kormánya között a gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki és technológiai együttműködésről

Az Osztrák Szövetségi Kormány és a Magyar Köztársaság Kormánya (a továbbiakban „Szerződő Felek”),

- abban a meggyőződésben, hogy a gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki és technológiai együttműködésre vonatkozó új megállapodás a gazdasági kapcsolatok továbbfejlesztéséhez – a hagyományos kapcsolatokon túlmenően is – kedvező előfeltételeket és megfelelő alapot teremt,
- „Az Európai Közösségek és azok tagállamai és a Magyar Köztársaság között társulás létesítéséről szóló, 1991. december 16-án aláírt Európai Megállapodás”-sal összhangban,
- tekintetbe véve az Osztrák Köztársaságnak az Európai Unióhoz 1995. január 1-jén történt csatlakozását és a Magyar Köztársaság által az Európai Unió-beli tagságra vonatkozóan benyújtott kérelmét, amelyet az Általános Tanács 1994. április 18/19-én Luxemburgban és az Európa-Tanács 1994. június 24/25-én Korfuban tudomásul vett,
- az Európai Unió jogállásával, az Általános Vámtarifa és Kereskedelmi Egyezményvel (GATT) és a Kereskedelmi Világszervezettel (WTO) szembeni kötelezettségekkel, valamint a két államban hatályos jogi előírásokkal összhangban,
- arra törekedve, hogy az európai integrációban való, jövőbeni közös utat elősegítsék,

az alábbiakról állapodtak meg:

1. Cikk

A Szerződő Felek az országukban érvényben lévő jogi előírások keretében és nemzetközi kötelezettségeik figyelembevételével a hagyományos kapcsolatokon túlmenően is törekedni fognak a kétoldalú gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki és technológiai együttműködés folytatására, harmonikus továbbfejlesztésére és kibővítésére.

2. Cikk

Az 1. cikk célkitűzéseinek megfelelően a Szerződő Felek lehetőségeik keretén belül megkönnyítik és elősegítik a két ország vállalatai, szervezetei, társaságai és intézményei, a továbbiakban „Vállalatai” közötti gazdasági kapcsolatokat.

3. Cikk

A Szerződő Felek egyetértenek abban, hogy a másik Szerződő Fél vállalatai által eszközölt beruházások elmélyíthetik a gazdasági kapcsolatokat, és abban, hogy a magyar privatizációs folyamat keretében eszközölt osztrák beruházások nemcsak az együttműködés javításához járulhatnak hozzá, hanem a két nemzetgazdaság előnyére is válhatnak.

4. Cikk

A Szerződő Felek egyetértenek abban, hogy különleges párbeszédkészség és jó kooperációs lehetőségek adottak az alábbi területeken:

- építőipar,
- energiagazdálkodás, ezen belül az energiamegtakarítási technika, valamint erőművek és vezetékrendszerek létesítése, rekonstrukciója,
- olajipari és finomítási technológia,
- ásványi nyersanyagok és bányászati termékek felkutatása, kinyerése, feldolgozása, finomítása, további feldolgozása és értékesítése,
- környezetvédelmi technika,
- elektrotechnika,
- mező- és erdőgazdaság,
- mezőgazdasági technika,
- élelmiszeripar,
- gép- és berendezés-gyártás,
- vegyipar és petrokémiai ipar,
- egészségügy, orvosi technika, orvosi műszergyártás és gyógyszeripar,
- famegmunkáló és -feldolgozó ipar és papíripar,
- építőanyagipar,
- acélipar,
- fémfeldolgozó ipar,
- működőtőke-befektetések,
- vállalkozói tevékenység előmozdítása,
- tanácsadás,
- iparjog-védelem,
- alkalmazott kutatás,
- a regionális és határmenti együttműködés továbbfejlesztése, nemzetközi fejlesztési programok keretében is,
- együttműködés kiállításokon és vásárokon,
- harmadik piaci együttműködés kiépítése,
- szabványosítás, minősítés és tanúsítás,
- idegenforgalmi létesítmények,
- hulladékgazdálkodás és -újrahasznosítás.

5. Cikk

A Szerződő Felek készséget nyilvánítanak arra, hogy különös érdekeltséget fognak mutatni a határokon áterjedő projektekkel kapcsolatos együttműködés alábbi területei, többek között a transzeurópai hálózatokhoz való csatlakozás és az infrastrukturális projektek megvalósítása iránt:

- energetika,
- vízgazdálkodás,
- távközlés,
- vasút,
- légi közlekedés,
- hajózás,
- útépités,
- közúti forgalom,
- kombinált szállítás.

6. Cikk

A Szerződő Felek egyetértenek azzal, hogy különleges jelentőségű a két ország gazdasági kapcsolatainak továbbfejlesztése szempontjából az áruforgalomban a határellenőrzés lebonyolításának zökkenőmentes volta.

7. Cikk

A jelen Megállapodás keretében folytatandó együttműködés megvalósítása során a Szerződő Felek törekedni fognak korszerű és környezetbarát technológiák alkalmazására, az ökológiai erőforrások megővésére, és ezek támogatására.

8. Cikk

Ellenkező megállapodás hiányában a jelen Megállapodás keretében történő gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki és technológiai együttműködés kereskedelmi alapon valósul meg.

9. Cikk

A Szerződő Felek elismerik annak hasznosságát és szükségességét, hogy a kis- és középvállalatok erőteljesebben vegyenek részt a kétoldalú külgazdasági kapcsolatokban.

10. Cikk

A Szerződő Felek saját lehetőségeik és az országukban érvényes jogi előírások keretei között fogják támogatni a tanácsadói szolgáltatásokat, valamint a szakemberek és menedzserek képzését és továbbképzését, főként a külgazdaság, a gazdaságirányítás, az iparjog-védelem, az idegenforgalom, a bank-, pénzügyi és biztosítási rendszer terén.

11. Cikk

(1) A Szerződő Felek azt ajánlják a vállalatoknak, hogy a jogviták rendezésére kétoldalú egyetértés mellett elsősorban a békés megoldásokat válasszák, vagy szabadon válasszanak erre a célra nemzetközi választottbíróságokat.

(2) A vállalatok közötti jogviták rendezése a két Szerződő Fél nemzetközi kötelezettségeinek és a Felek között érvényben lévő megállapodásoknak a figyelembevételével történik.

12. Cikk

(1) A jelen Megállapodás Vegyesbizottságot állít fel, amely a két Szerződő Fél egyikének kívánságára felváltva Ausztriában vagy Magyarországon ülészik.

(2) A Vegyesbizottság fő feladatai:

- a) a kétoldalú külgazdasági kapcsolatok alakulásának vizsgálata,
- b) új lehetőségek feltárása a gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki és technológiai együttműködés elősegítésére és elmélyítésére,
- c) javaslatok és ajánlások megfogalmazása a kétoldalú együttműködés feltételeinek javítására, valamint a prioritások meghatározása,
- d) ajánlások megfogalmazása a jelen Megállapodás hatékonyabb alkalmazására,
- e) a felmerülő problémák megvitatása és a megoldási javaslatok kidolgozása.

(3) A Vegyesbizottság keretében esetenként az adott projekttel kapcsolatos vagy ágazati ad-hoc munkacsoportok működhetnek.

13. Cikk

A két Szerződő Fél különösen célszerűnek tartja az állandó párbeszédkészséget a gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki, technológiai, regionális és munkaerőpolitikai együttműködés aktuális kérdéseiben.

14. Cikk

A Szerződő Felek készséget nyilvánítanak arra, hogy folytassák a már megkezdett információcserét Magyarország Európai Unióhoz történő csatlakozásáról.

15. Cikk

A Szerződő Felek között a jelen Megállapodás alkalmazásával vagy értelmezésével kapcsolatban felmerülő véleménykülönbségeket a 12. cikkben megnevezett Vegyesbizottság keretében folytatandó tárgyalások útján kell rendezni.

16. Cikk

(1) A Szerződő Feleket a jelen Megállapodás olyan mértékben nem köti, amennyiben az az Európai Unióban (EU) mindenkor érvényes jogi helyzettel nem egyeztethető össze.

(2) Amennyiben az (1) bekezdés következményei nem láthatók tisztán, a Szerződő Felek a kérdésre vonatkozóan párbeszédet folytatnak.

17. Cikk

(1) A jelen Megállapodás hatálybalépésével hatályukat veszítik:

- a) az 1979. szeptember 15-ei „Hosszú lejáratú megállapodás a Magyar Népköztársaság Kormánya és az Osztrák Szövetségi Kormány közötti gazdasági, ipari és műszaki együttműködésről, valamint annak továbbfejlesztéséről”,
- b) az 1972. november 11-ei „Hosszú lejáratú áruforgalmi megállapodás a Magyar Népköztársaság Kormánya és az Osztrák Szövetségi Kormány között”,
- c) az 1971. október 28-ai „Fizetési megállapodás a Magyar Népköztársaság Kormánya és az Osztrák Szövetségi Kormány között”.

18. Cikk

(1) Jelen Megállapodás azon hónapot követő harmadik hónap első napján lép hatályba, amikor a Szerződő Felek egymással közölték, hogy teljesültek a jelen Megállapodás hatálybalépéséhez az országukban szükséges előfeltételek.

(2) Jelen Megállapodást ötéves időtartamra kötik meg, és a megállapodás hatálya mindenkor egy további évvel meghosszabbodik, amennyiben azt hatályának lejáta előtti három hónappal a Szerződő Felek valamelyike diplomáciai úton írásban nem mondta fel.

Készült Bécs -ben, 1995 szeptember 19.-án, két eredeti példányban, magyar és német nyelven, mindkét nyelvű szöveg azonos érvényű.

Az Osztrák Szövetségi Kormány nevében:

Johannes Ditz

A Magyar Köztársaság Kormánya nevében:

Imre Dunai

Die Notifikationen gemäß Art. 18 Abs. 1 wurden am 24. Jänner bzw. 2. Mai 1996 vorgenommen; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 18 Abs. 1 mit 1. August 1996 in Kraft.

Vranitzky